

November 2006 - 25.11.2006

Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessentinnen und Interessenten für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt:

- 1. Heroin-Projekt vor dem Aus**
- 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen**
- 3. Stadthausgespräch der SPD-Fraktion zum Thema Integration
Zuwanderung als Chance und Bereicherung für das internationale Bonn**
- 4. SPD-Fraktion zum Gespräch beim Rat der Muslime**
- 5. Vom Rand zur Mitte - rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren
in Deutschland**
- 6. Integrationsbilanz ist besser, wenn auch die Eingebürgerten berücksichtigt werden**
- 7. Verbände fordern Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung für
Langzeitarbeitslose**
- 8. "Wirtschaftskraft Alter - Herausforderungen und Chancen für Wandel und
Wohlstand"**
- 9. Bericht über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen
und Bewohner**
- 10. Empfehlungen der Europäische Kommission zu einer europäischen Alkoholstrategie**
- 11. Studie der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) zu
Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit**
- 12. Mehr Sicherheit für Kinderarzneimittel - Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft
verabschiedet die Verordnung über Kinderarzneimittel**
- 13. Hinweise und Links**

1. Heroinprojekt vor dem Aus - CDU und CSU im Bundestag lehnen Fortführung ab - SPD: „Entscheidung zu Lasten der Kranken“

Am Widerstand von CDU und CSU im Bundestag ist die Fortführung des zurzeit laufenden Modellprojektes zur Heroinabgabe an Schwerstabhängige gescheitert. Lediglich die Patienten, die sich in der Studie befinden, sollen weiter behandelt werden können. Dies wurde aus Berlin bekannt. Damit ist die Chance, über eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes den Schwerstabhängigen ein lebenswertes und sozial eingebundenes Dasein zu ermöglichen, vertan. „CDU und CSU auf Bundesebene tragen damit die alleinige Verantwortung dafür, dass schwerstkranke Heroinabhängige mit langjähriger Drogenkarriere wieder auf die Straße geschickt werden, um sich ihre illegale Droge zu besorgen. Wider besseren Wissens - auch der CDU sind die positiven Ergebnisse der Studie bekannt - werden gesundheitliche Gefährdung, Todesfälle, Beschaffungskriminalität und Obdachlosigkeit in Kauf genommen.“ so Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber und die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn in einer gemeinsamen Erklärung.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses des Bonner Stadtrates, Barbara Ingenkamp, dazu: "Die Zulassung eines Medikamentes zu blockieren und damit das einzige wirkliche Hilfsmittel den Schwerstheroinabhängigen zu verweigern, grenzt für mich an zynische Menschenverachtung".

Für die Städte, die das Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger durchgeführt und positive Ergebnisse erreicht haben, sei das eine enorme Enttäuschung; denn diese hätten auf eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und die Zulassung von Diamorphin als Medikament gehofft.

Die Sozialdemokraten weisen daraufhin, dass die Heroinbehandlung hinsichtlich des gesundheitlichen Zustandes und des Rückgangs von illegalem Drogenkonsum der Methadonbehandlung deutlich überlegen ist; dies sei durch die bisherigen Ergebnisse der laufenden Studie belegt. Außerdem sprechen viele, gerade Schwerstabhängige, auf eine Methadonbehandlung als Alternative nicht an.

Nur noch für die Probanden der Studie soll, so die Meldungen aus Berlin eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit sie weiter mit Diamorphin behandelt werden können. Die Finanzierung soll dabei aber den Kommunen überlassen werden.

Dazu hat die SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag für den Sozialausschuss gestellt. Nachzulesen unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613277.htm

2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Der Sozialausschuss tagt am Dienstag, den 5. Dezember 2006, um 18.00 Uhr, im Ratssaal des Stadthauses, Berliner Platz, 53111 Bonn.

Themen sind unter anderen:

- Haushaltskonsolidierung im Sozialbereich
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0612716.htm
- Feststellung des Sprachstandes bei Kindern im Elementarbereich
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0612943.htm
- Gesundheitliche Zustand der Einschulkinder 2005
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613099.htm

Die gesamte Tagesordnung finden Sie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613173TO.htm

3. Stadthausgespräch der SPD-Fraktion zum Thema Integration Zuwanderung als Chance und Bereicherung für das internationale Bonn



Großes Echo fand das „Stadthausgespräch“, zu dem die SPD-Fraktion am 26.10.2006 eingeladen hatte, um die von ihr erarbeiteten Leitlinien und Grundsätze für ein Bonner Integrationskonzept vorzustellen und gemeinsam mit Experten zu diskutieren.

Adi Eickhoff, Sprecher der SPD-Fraktion im Integrationsrat der Stadt Bonn moderierte die Diskussion mit Zuhörern und eingeladenen Experten. Die einzelnen Zuständigkeitsbereiche für Integrationsfragen vertraten auf dem Podium: Dr. Hans-Walter Schulten, Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, NRW, Claudia Walther Projektmanagerin „Integration von Zuwanderern“, Bertelsmann-Stiftung, Angelika Weiß, Leiterin des Internationalen Zentrums der Arbeiterwohlfahrt in Bad Godesberg.

„Angesichts des demographischen Wandels sehen wir die Zuwanderung nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance und Bereicherung für das internationale Bonn. Wir brauchen diese Zuwanderung, um die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen erhalten zu können. Das junge Alter der Zuwanderer und ihrer Familien, die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt wollen wir in Bonn nutzen und darauf unserer Konzept aufbauen“, erklärte Barbara Ingenkamp, die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen, zu Beginn.

Das vorgestellte Konzept stieß bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf große Zustimmung, unter denen zahlreiche Migranten, Vertreter von Moscheen und Migrantenorganisationen waren. „Wir wollen uns aktiv an einem gemeinsamen Integrationskonzept für Bonn beteiligen und Familien und besonders die Frauen auffordern, die Maßnahmen, die es jetzt schon in Bonn gibt, wahrzunehmen. Bildung ist der einzige Weg zur Integration und die einzige Chance für unsere Kinder“. Das wurde mehrfach in Diskussionsbeiträgen geäußert.

Der Wunsch nach einem städtischen Integrationskonzept, die Beteiligung und Mitwirkung am geplanten Konzept der Stadt, „Integration mit Migranten und nicht für Migranten“, eine Regelung des islamischen Religionsunterrichtes und eine stärkere Anerkennung der großen Integrationsleistungen, die schon jetzt in Schulen oder Sportvereinen erbracht werden, waren weitere Themen.

Die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten versprachen sich für ein gesamtstädtisches Integrationsprogramm einzusetzen. Sie stellten heraus, dass bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen darauf geachtet werden muss, dass Integration eine Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ist, d.h. auch eine Querschnittsaufgabe für alle Fachbereiche in der Verwaltung ist. Deshalb sollte Integration im Vorstandsreferat angesiedelt werden.

4. SPD-Fraktion zum Gespräch beim Rat der Muslime

Haluk Yildiz, der Sprecher des Rates der Muslime in Bonn, freute sich über das Interesse der SPD-Fraktion an einem Gedankenaustausch und möglichen gemeinsamen Aktionen zur Integration der muslimischen Bürgerinnen und Bürger in Bonn.

Zunächst war das Gespräch dazu gedacht, sich besser kennen zu lernen und die Erwartungen, Wünsche und Sorgen zu diskutieren.



Die SPD-Fraktion war mit den Stadtverordneten Barbara Ingenkamp, Adi Eickhoff, der sachkundigen Bürgerin im Jugendhilfeausschuss, Dr. Maria Mensching, und den Jungsozialisten Julia Maas und Martin Pafferoth zu dem Gespräch gekommen. Von Seiten des Rates der Muslime waren, neben dem Sprecher Haluk Yildiz, die Jugendbeauftragte Saloua Mohammed und weitere Vertreter des Muslimrates zugegen.

Saloua Mohammed organisiert zusammen mit anderen Jugendlichen der Gruppe „Lifemakers“ u.a. Hilfsangebote im Bonner Loch.

Adi Eickhoff, Sprecher der SPD-Fraktion im Integrationsrat der Stadt Bonn, lobte die Gründung des Rates der Muslime, der in der Bundesrepublik einmalig ist. „Damit gibt es nun einen Ansprechpartner für die Politik. Bisläng war es nicht einfach, bei neun Moscheevereinen und ca. 5 islamischen Organisationen Ansprechpartner zu finden. Bei 28.600 Muslimen, die in Bonn leben, ist das aber wichtig“. Barbara Ingenkamp fügte hinzu: „Ein großes Anliegen ist es für uns, durch die Vermittlung des Rates der Muslime Wege zu finden, wie die soziale, sprachliche und berufliche Integration besser werden kann und wie im Gesundheitsbereich Beratungen und Hilfen, die vorhanden sind, angenommen werden“, so Barbara Ingenkamp.

Ein großes Thema für die Muslime in Bonn ist es, wie ein Weg gefunden werden kann, islamischen Religionsunterricht in Bonner Schulen in deutscher Sprache einzuführen. Haluk Yildiz: „Bonn bietet sich für ein solches Modellprojekt an, weil es durch den Rat der Muslime eine gemeinsame Linie aller Moscheegemeinden gibt“. Nachhilfestunden in Moscheen, fehlende Bestattungsmöglichkeiten nach muslimischen Ritual waren weitere Themen des Gespräches.

„Es war ein erstes intensives und aufschlussreiches Gespräch“, stellten die beiden Stadtverordneten Ingenkamp und Eickhoff nach dem Zusammentreffen mit dem Rat der Muslime fest. Weitere Treffen wurden vereinbart.

5. Vom Rand zur Mitte - Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland

Die aktuelle Studie der FES zur Ausländerfeindlichkeit kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

Rechtsextremismus gibt es in Deutschland in allen Schichten, Regionen und Altersgruppen. Rechtsextremistische Ansichten sind keine Randerscheinung, sondern ein Problem in der Mitte der Gesellschaft. 26,7 Prozent der Deutschen stimmen ausländerfeindlichen Aussagen zu. 8,6 Prozent der Befragten haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Vor allem Ausländerfeindlichkeit ist in der Gesellschaft weit verbreitet. 43,8 Prozent der Ostdeutschen und 35,2 Prozent der Westdeutschen glauben, dass Ausländer nur nach Deutschland kommen, »um unseren Sozialstaat auszunutzen«. Bundesweit meinen 39,1 Prozent, dass die Bundesrepublik »durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet« ist. Auch Antisemitismus ist weit verbreitet.

Die Studie kann über den folgenden Link heruntergeladen werden:

www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/Vom_Rand_zur_Mitte.pdf

6. Integrationsbilanz ist besser, wenn auch die Eingebürgerten berücksichtigt werden

Neue Daten aus dem Mikrozensus 2005 für NRW belegen: Eingebürgerte sind besser auf dem Arbeitsmarkt verankert als Ausländerinnen und Ausländer, sie sind seltener erwerbslos, haben höhere schulische und berufliche Abschlüsse und qualifiziertere Jobs. Ergebnisse im Einzelnen:

- Außer den knapp 1,9 Mio. Ausländern leben 581.000 eingebürgerte ehemalige Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen.
- Zu den knapp 640.000 Türiinnen und Türken kommen 226.000 Eingebürgerte mit türkischem Hintergrund.
- Eingebürgerte sind besser in den Arbeitsmarkt integriert: Die Erwerbsquote (15- bis unter 65 Jahre) liegt bei den Eingebürgerten bei 68,4 Prozent, bei den Ausländerinnen und Ausländern beträgt sie 61,9 Prozent.
- Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede bei den Zuwanderern mit türkischem Hintergrund: Die Erwerbsquote der türkischen Staatsangehörigen in Nordrhein-Westfalen liegt bei 54,7 Prozent, die der eingebürgerten ehemaligen Türken dagegen bei 65,4 Prozent.
- Noch gravierender sind die Unterschiede bei den Frauen: So zählen nur 34,7 Prozent der Frauen mit türkischer Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen zu den Erwerbspersonen, aber 51,2 Prozent der eingebürgerten ehemals türkischen Frauen.
- Deutliche Unterschiede auch bei der Bildung: 24 Prozent der Ausländer in Nordrhein-Westfalen haben keinen schulischen Abschluss, bei den Eingebürgerten sind es mit 13,3 Prozent deutlich weniger.

- Eingebürgerte haben öfter qualifizierte Jobs: 44,8 Prozent der erwerbstätigen Eingebürgerten sind Angestellte, 40,7 Prozent sind als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig. Bei den Ausländern überwiegt dagegen klar der Anteil der Arbeiter: 51,2 Prozent der erwerbstätigen Ausländer sind Arbeiter, nur 37 Prozent Angestellte.

http://www.integrationsportal.nrw.de/aktuelles-material/300_integrationsbilanz.pdf

7. Verbände fordern Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung für Langzeitarbeitslose

Deutscher Gewerkschaftsbund, Diakonisches Werk der EKD, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer Wohlfahrtsverband fordern einen Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung für Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit keine Chance haben.

Die jetzige Förderung langzeitarbeitsloser Menschen durch so genannte Ein-Euro-Jobs bietet für die Betroffenen keine längerfristige Perspektive.

Notwendig seien stattdessen öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die vor allem in Gemeinwohl orientierten Bereichen geschaffen werden sollten. Dies sei nicht nur für die Betroffenen sinnvoller, sondern auch volkswirtschaftlich vernünftiger, als der alleinige Bezug von Arbeitslosengeld II.

Die vollständige Erklärung ist im Internet veröffentlicht unter:

www.awo.org

8. "Wirtschaftskraft Alter - Herausforderungen und Chancen für Wandel und Wohlstand"

Das Online-Portal des Bundesfamilienministeriums bietet Informationen für Bürger und Wirtschaft. Man findet dort Informationen über anwenderfreundliche und sichere Produkte, Dienstleistungen und Güter. Das Portal gliedert sich in Rubriken wie "Wohnen und Bauen", "Heim und Handwerk" oder "Technik und Mobilität". Checklisten über einzelne Produkte - vom Kopfhörer über das Pflegebett bis zum Auto - sowie ein Qualitätslotse ergänzen das Angebot.

Weitere Informationen zum Portal "Marktplatz für alle Generationen" finden Sie unter www.wirtschaftskraft-alter.de.

9. Bericht über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner

Der vom Bundesseniorenministerium erstellte Bericht belegt, dass sich die Bedingungen für ältere Menschen in Heimen erkennbar stetig verbessert haben.

Der Anteil an Einzelzimmern steigt. Moderne und bewohnerfreundliche Standards werden bei Neubau und Renovierung zugrunde gelegt. In den Kernbereichen der Pflege und Betreuung wurde in den vergangenen Jahren mehr Personal eingesetzt. Die gesetzlich vorgeschriebene Fachkraftquote wird in allen Bundesländern erfüllt. Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement haben einen hohen Stellenwert.

Defizite in der stationären Heimbetreuung und Pflege sind vor allem die hohe Personalfuktuation und die starken Arbeitsbelastungen des Personals.

Versorgung und Pflege demenzerkrankter älterer Menschen, Sterbebegleitung und palliative Versorgung sind neue Problemfelder.

Weitere Informationen:

Erster Bericht über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

E-mail: poststelle@bmfsfj.de

<http://www.bmfsfj.de>

10. Empfehlungen der Europäische Kommission zu einer europäischen Alkoholstrategie

Das Strategiepapier für die Jahre 2007 bis 2012 spricht sich für größere Anstrengungen in den Mitgliedstaaten in der Alkoholpolitik aus, um die Gefahren des Alkoholmissbrauchs wirksam zu reduzieren. Einen besonderen Schwerpunkt sieht die Kommission bei allen Maßnahmen zur Verringerung des frühen und riskanten Alkoholkonsums unter Jugendlichen.

http://www.bmg.bund.de/cln_041/nn_600172/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/pm-24-10-06,param=.html

11. Studie der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) zu Medikamentenmissbrauch und –abhängigkeit

Medikamentenabhängigkeit erreicht ein dem Alkoholmissbrauch vergleichbares Ausmaß. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es geschätzte 1,4 bis 1,9 Mio.

Medikamentenabhängige in Deutschland gibt. Vor allem Frauen, insbesondere in höherem Alter, sind von der Sucht betroffen. Die größte Gruppe der Betroffenen, über 1 Million Menschen, ist abhängig von Schlaf- und Beruhigungsmitteln.

Weitere Infos und die Studie finden Sie unter: www.drogenbeauftragte.de.

12. Mehr Sicherheit für Kinderarzneimittel - Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft verabschiedet die Verordnung über Kinderarzneimittel

Die Verordnung wird um die Jahreswende 2006/2007 in Kraft treten. Sie ist dann in allen Staaten der EU unmittelbar anzuwenden.

Ziel der Verordnung ist, die für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen benötigten Arzneimittel so sicher zu machen wie es bei den Arzneimitteln für Erwachsene selbstverständlich ist.

Weitere Informationen finden Sie unter:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/91387.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st03/st03623.de06.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st13/st13782-ad01.de06.pdf>

13. Hinweise und Links

- **Wohnberatung der Stadt Bonn**

Seit dem 15.09.06 findet die Wohnberatung im Haus der Bonner Altenhilfe statt. Sie wird von Herrn Lenartowski wahrgenommen. Er ist unter der Rufnummer 9798210 zu erreichen. Die Mieterberatung findet nach wie vor im Stadthaus statt.

- **Europäischer Jahresbericht zur Drogensituation in Europa**

Den Jahresbericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), die drei Spezialstudien und den deutschen Länderbericht finden sie im Internet auf der Seite <http://www.emcdda.europa.eu/>.

Weitere Informationen auch unter www.drogenbeauftragte.de

- **Wettbewerb: Deutscher Präventionspreis 2007**

Der Deutsche Präventionspreis 2007 wird für kommunale und regionale Initiativen und Projekte der Prävention und Gesundheitsförderung vergeben. Die besten Maßnahmen zur Förderung eines gesunden Lebensstils der Bevölkerung werden mit Preisgeldern von insgesamt 50.000 Euro ausgezeichnet.

Mit dem Wettbewerb wenden sich Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium für Gesundheit und Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung an die Träger von kommunal oder regional durchgeführten Präventionsprogrammen. Diese können sich vom 20. November bis zum 21. Dezember 2006 mit ihren Maßnahmen bewerben
<http://www.deutscher-praeventionspreis.de>

- **Sozialbericht 2006 der Arbeiterwohlfahrt
"Chancengerechtigkeit durch Bildung - Chancengerechtigkeit in der Bildung"**

Mit der Vorlage des Sozialberichts beschreibt die AWO ihr Verständnis von Bildung, Betreuung und Erziehung. Die AWO tritt ein für eine kindergerechte Gesellschaft, in der Kinder nicht Ressource, sondern Perspektive sind. Bildung ist dafür der Schlüssel. Die ausführliche Erklärung ist veröffentlicht unter:
www.awo.org/Stellungnahmen/Bildung

AWO-Sozialbericht 2006, „Chancengerechtigkeit durch Bildung - Chancengerechtigkeit in der Bildung“, 276 S., Klartext Verlag, Essen, 2006, ISBN 3-89861-726-2
Buchhandelspreis 17,90 EUR

- **Scharia als Glaubensweg von Muslimen - Ein Informationsflyer des Deutschen Islamforums**

Im Deutschen Islamforum haben Vertreter der großen muslimischen Verbände in Deutschland seit einem Jahr mit Vertretern von Staat und Gesellschaft über die Scharia diskutiert. Erstmals haben sie sich jetzt gemeinsam mit Islamwissenschaftlern öffentlich zur Scharia geäußert.

Den Informationsflyer finden Sie als PDF-Dokument unter <http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Islamforum/Scharia-Endfassung.pdf>.

- **"Zwischen Ausgrenzung und Integration - Die Situation jugendlicher Migranten in Deutschland"**

Eine ausführliche Dokumentation zum Thema mit Umsetzungsbeispielen
http://www.bamf.de/cln_043/nn_566316/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Blickpunkt/2006/0007-2006-04,templatelId=raw,property=publicationFile.pdf/0007-2006-04.pdf

- **www.mgffi.nrw.de - jetzt mehrsprachig**

Auf der Internetseite des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration können Sie nun auch die Ziele und Aufgaben des MGFFI in den Sprachen englisch, türkisch, russisch und italienisch nachgelesen.

- **Interkulturelle Öffnung von Jugendverbänden**

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) hat ein neues Projekt zur Erstellung einer Website zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbände gestartet. Ziel der Website ist es, Informationen über Projekte, Aktivitäten, Beschlüsse und Strategien der interkulturellen Öffnung der Jugendverbände einem breiten Publikum zur Verfügung zu stellen.
http://www.idaev.de/interkulturelle_oeffnung.htm

Impressum: Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen, Tel. 328866, E-mail: b.ingenkamp@freenet.de